

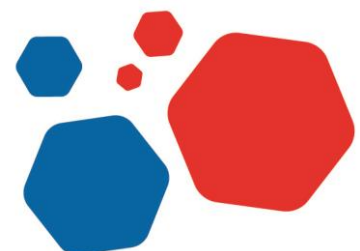
Zur Förderung von Demokratiekompetenz bei Kindern und Jugendlichen

Ein Positionspapier des Deutschen Kinderhilfswerkes

Das Wahlverhalten junger Menschen bei der Europawahl 2024 und den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg ist Gegenstand vielfältiger gesellschaftlicher und medialer Debatten. Nach den repräsentativen Wahlstatistiken ist davon auszugehen, dass die AfD, die von den zuständigen Landesbehörden für Verfassungsschutz derzeit in drei Bundesländern als „rechtsextremistisch gesichert“ und in weiteren Bundesländern als „rechtsextremistisch verdächtig“ eingestuft wird, in der Gruppe der 16- bis 24-Jährigen sehr starke Zuwächse verzeichnen konnte. Bei der „U18-Wahl“ zur aktuellen Bundestagswahl ist die AfD in allen ostdeutschen Bundesländern stärkste Kraft (vgl. u18.org). Diese gesellschaftliche Verschiebung hin zum Rechtspopulismus bzw. Rechtsextremismus, die sich auch bei Wahlen insgesamt zeigt, stellt eine Bedrohung für die Demokratie dar und hat vielfältige Auswirkungen auf das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Unsere Gesellschaft muss darauf reagieren. Als Kinderrechtsorganisation sehen wir uns in der Verantwortung, mehr denn je für den Erhalt unserer Demokratie vor dem Hintergrund eines menschenrechtlichen Rahmens Sorge zu tragen. Die Analyse der Hintergründe ist dabei zentral, um politischen und gesellschaftlichen Handlungsbedarf zu definieren.

Insbesondere ist eine Ohnmacht vieler junger Menschen gegenüber multiplen Krisen zu beobachten. Dazu gehören die Klimakrise, die weltweiten Kriege und die damit verbundenen Preissteigerungen auch bei uns in Deutschland, ein Sozialstaat, der jedes fünfte Kind in Armut leben lässt oder das marode Bildungssystem, in dem Kinder und Jugendliche oft auf der Strecke bleiben. Gerade der Krieg „vor der Haustür“, drohende oder bereits vorhandene Armut, soziale Ungleichheit und die Klimakrise sind für viele junge Menschen so überwältigend, dass sie das Gefühl haben, dem ohnmächtig ausgeliefert zu sein und sich das Gefühl manifestiert, ohnehin nichts ändern zu können – gerade auch vor dem Hintergrund unzureichender Partizipationsmöglichkeiten.

Wie aktuelle Studien zeigen, fühlen sich Kinder und Jugendliche in ihren Bedürfnissen und Anliegen von der Politik nicht wahrgenommen (vgl. Shell Jugendstudie 2024, Kinderreport Deutsches Kinderhilfswerk 2024, Studie der Bepanthen-Kinderförderung 2024). Wenn sie zudem keine Angebote erhalten, mit denen sie selbst etwas bewirken können, schwinden das Gefühl der Selbstwirksamkeit und das Vertrauen in die Demokratie. Ohnmacht paart sich mit Frustration und Wut. Verantwortlich dafür ist auch die Tatsache, dass die Interessen von Kindern und Jugendlichen während der Corona-Zeit systematisch ignoriert und die Beeinträchtigung ihrer Entwicklung gerade in der zweiten Phase der Pandemie, als Impfstoffe bereits zur Verfügung standen, billigend in Kauf genommen wurden und dass dieser Umstand gesamtgesellschaftlich bisher nur unzureichend aufgearbeitet wurde. Diese Enttäuschung und das Fehlen identitätsstiftender Erfahrungen in gemeinschaftsbildenden Strukturen wirken bis heute nach.

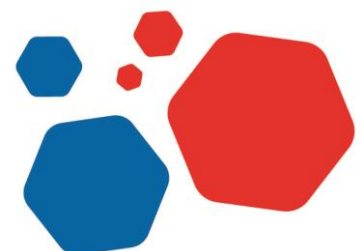


Zudem ist es den Regierungsparteien und der demokratischen Opposition bisher nur sehr unzureichend gelungen, junge Wähler*innen für ihre Programme zu mobilisieren, eine Kommunikation auf Augenhöhe, die dafür immer wichtiger wird, eine Kommunikation, die aktiv auf Jugendliche zugeht und sie dort abholt, wo sie sich aufhalten – und dazu gehören heute insbesondere auch die sozialen Medien als virtueller Ort – findet kaum statt. Die systematische Vernachlässigung von Kinder- und Jugendinteressen durch politische Akteur*innen verstärkt das Gefühl, keinen Einfluss auf das politische Geschehen nehmen zu können. Gleichzeitig haben junge Menschen als Erstwähler*innen in der Regel keine ausgeprägte Parteibindung und sind entsprechend ihrer Lebensphase offener für neue Argumente und Ideen.

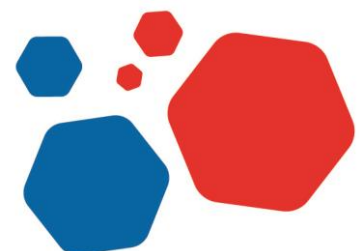
Wenn wir Demokratie als Teilhabe möglichst aller gesellschaftlichen Gruppen an den Angelegenheiten des öffentlichen Lebens verstehen, dann sind Kinder und Jugendliche in diesem Zusammenhang nicht nur als eine Altersgruppe zu sehen, die auf die demokratische Teilhabe im Erwachsenenalter vorbereitet werden soll, sondern sie sind von Anfang an konstitutiver Teil der gesamtgesellschaftlichen demokratischen Praxis. Aus organisatorischer Sicht bedeutet dies, dass wir dringend eine nachhaltige Absicherung der bislang oft prekären Strukturen und Bedingungen im Bereich der Demokratiebildung und -förderung brauchen. Hier ist insbesondere der Bund gefordert, sich massiv zu engagieren, vor allem auf regionaler und lokaler Ebene sowie in strukturschwachen Bundesländern. Nur so kann demokratiefördernden Projekten eine langfristige Perspektive gegeben und eine Abkehr von der bisherigen Praxis kurzfristiger Projektförderung erreicht werden, nur so kann Demokratiebildung von Anfang an gestärkt werden.

Wir brauchen ein praxistaugliches Demokratiefördergesetz, um die Grundprinzipien unserer Demokratie zu stärken und zu sichern und eine inklusive und partizipative Gesellschaft über alle Altersgrenzen hinweg zu fördern. Ein solches Gesetz wäre auch ein starkes gesellschaftliches Signal, dass die Meinungsfreiheit gewahrt bleibt und die Rechte aller Menschen respektiert und geachtet werden.

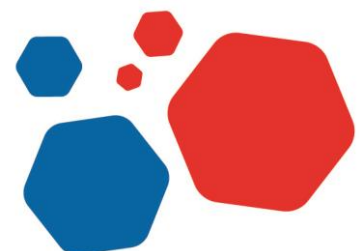
Unabhängig von der Demokratieförderung durch ein Demokratiefördergesetz muss die Demokratie insgesamt (junge) Menschen fördern und eine Gesellschaft ermöglichen, die ihren Interessen und Vorstellungen Raum gibt und ihnen ein gelingendes Leben ermöglicht. Die nach den aktuellen Wahlergebnissen begonnenen Analysen müssen vertieft und die politischen Weichen so gestellt werden, dass junge Menschen sich mit ihren Anliegen von der Politik ernst genommen fühlen und ihre Interessen in demokratisch verfassten Strukturen entfalten können. Das Deutsche Kinderhilfswerk schlägt daher wichtige Punkte zur Demokratieförderung vor, mit dem Ziel, das Vertrauen von Kindern und Jugendlichen in unser demokratisches politisches System zu fördern und zu stärken und insgesamt eine kinder- und jugendgerechtere Politik zu ermöglichen:



- **Demokratieförderung gesetzlich absichern:** Das Deutsche Kinderhilfswerk setzt sich mit Nachdruck für ein Demokratiefördergesetz ein, das einerseits Demokratiegefährdungen klar benennt und andererseits eine verbindliche, nachhaltige und finanziell angemessen ausgestattete Förderstruktur manifestiert und zugleich zivilgesellschaftliche Beteiligungsmöglichkeiten bei der Ausgestaltung vorsieht. Insbesondere für marginalisierte Gruppen bedarf es inklusiver, leicht zugänglicher Angebote und Strukturen auf lokaler und regionaler Ebene. Schließlich muss ein Demokratiefördergesetz nicht nur finanzielle Fördermöglichkeiten für die Zivilgesellschaft berücksichtigen, sondern auch einen rechtlichen Rahmen sicherstellen, der die Demokratiebildung in Bildungseinrichtungen von Anfang an stärkt. Dies alles kann aus unserer Sicht am besten durch einen gesetzlichen Auftrag des Bundes erreicht werden, der die Förderung und Stärkung der Demokratie, der politischen Bildung, der Demokratieerziehung, der Prävention jeglicher Form von Extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie der Gestaltung von gesellschaftlicher Vielfalt und Teilhabe festschreibt.
- **Kinder- und Jugendbeteiligung ausbauen:** Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an den sie betreffenden Angelegenheiten ist nicht nur vor dem Hintergrund der UN-Kinderrechtskonvention ihr gutes Recht, sondern auch als zentraler Ansatzpunkt einer gelingenden Demokratiebildung und -förderung sowie einer funktionierenden Demokratiepraxis zu sehen. Kinder und Jugendliche müssen von Anfang an die Möglichkeit haben, positive Partizipations- und damit Selbstwirksamkeitserfahrungen zu machen. Diese Erfahrungen unterstützen nicht nur die Entwicklung möglicher Strategien zur Förderung von Handlungsmacht, wie z.B. dem oben genannten Ohnmachtsgefühl entgegenzuwirken, sondern gelten auch als Grundpfeiler demokratischen Handelns überhaupt. Daher ist eine flächendeckende Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an allen sie betreffenden Angelegenheiten notwendig. Dabei kommt den Bildungsinstitutionen und den Kommunen eine herausragende Rolle zu. Beteiligungsprozesse müssen zudem nach qualitativen Standards entwickelt, angeboten und begleitet werden, nur so können negative Partizipations- und Selbstwirksamkeitserfahrungen und damit im schlimmsten Fall Politikverdrossenheit vermieden werden.
- **Kinder- und Jugendstrategie weiterentwickeln:** Es braucht eine eigene Kinder- und Jugendstrategie und Lösungen, wie Kinder und Jugendliche sich mit ihren Bedürfnissen und Anliegen besser wahrgenommen fühlen und tatsächlich gehört werden. Zu einer solchen Strategie gehört zwingend die Verankerung ihrer Rechte im Grundgesetz im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention. Diese Verankerung ist ein unverzichtbarer Baustein, um die Rechtsposition von Kindern und Jugendlichen in Deutschland deutlich zu stärken, die Orientierung staatlichen Handelns am Vorrang des Kindeswohls zu etablieren und damit kindgerechtere Lebensbedingungen sowie bessere und vor allem chancengleiche Entwicklungsmöglichkeiten für alle jungen Menschen zu schaffen. Mit der Aufnahme der Kinderrechte in das Grundgesetz im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention besteht insgesamt eine große Chance, langfristig eine tragfähige Grundlage für ein kinder- und familienfreundlicheres Land zu schaffen.



- **Demokratiebildung ausweiten:** Es bedarf einer verbindlichen Demokratiebildung von Anfang an, die sich an der UN-Kinderrechtskonvention als Rahmen und im Sinne der Qualitätssicherung orientiert. Neben der Tatsache, dass Demokratie- und Kinderrechtsbildung verbindlicher Bestandteil aller Ausbildungscurricula pädagogischer Berufe sein muss, müssen Orte der Demokratiebildung mit ausreichenden Ressourcen ausgestattet werden, um ihrer Verantwortung gerecht werden zu können. Bildungsinstitutionen als zentrale Orte der Demokratiebildung zu begreifen, bedeutet insbesondere, die Partizipation von Kindern und Jugendlichen umfassend zu ermöglichen, zu fördern und zu begleiten. Programme, die Einrichtungen in dieser Hinsicht in ihrer Entwicklung und Ausrichtung fördern und unterstützen, müssen bundesweit finanziell gut ausgestattet und flächendeckend angeboten werden. Neben den Institutionen der formalen Bildung, zu denen neben Kindertagesstätten und Schulen explizit auch Horte und Berufsschulen zu zählen sind, kommt den Orten der außerschulischen Bildungsarbeit und der Kinder- und Jugendhilfe im Kontext der Demokratiebildung eine besondere Rolle zu. Erforderlich ist ein flächendeckender Ausbau der Jugendarbeit, insbesondere in strukturschwachen Regionen oder im ländlichen Raum, um Kinder und Jugendliche auch außerhalb der Schule und des Elternhauses pädagogisch zu begleiten und Extremismusprävention zu gewährleisten.
- **Kinderarmut überwinden:** Einschränkende sozioökonomische Benachteiligungen verhindern die Entfaltung und Ausschöpfung von Potenzialen armutsbetroffener Kinder und Jugendlicher und erschweren damit gesellschaftliche Solidarität und demokratische Gestaltungsfähigkeit. Kinderarmut ist Familienarmut. Das Gefühl, abgehängt zu sein und am eigenen Schicksal wenig ändern zu können, erfahren diese Kinder und Jugendlichen daher schon früh in ihren Familien. Dass dies längst kein Thema mehr ist, das nur am Rande der Gesellschaft eine Rolle spielt und dessen Auswirkungen nur für die Betroffenen unmittelbar sichtbar werden, zeigt sich eindrucksvoll daran, dass die Angst vor Armut und sozialer Ungleichheit in der aktuellen Shell-Studie unter den ersten fünf Antworten im Komplex der Ängste von Jugendlichen rangiert. Ökonomischen Ängsten kann mit einer krisenfesten Kindergrundsicherung begegnet werden.
- **Medienbildung fördern:** Kritische und konstruktive gesellschaftliche Teilhabe lebt von einem gesunden gesellschaftlichen Diskurs. Dazu bedarf es heute einer umfassenden und stets aktuellen Medienbildung für Kinder und Jugendliche, aber auch für Eltern und pädagogische Fachkräfte. Insbesondere im Hinblick auf Problemfelder wie Desinformation und Hassrede müssen die Nutzer*innen für einen prodemokratischen Austausch gewappnet sein.



- **In Infrastruktur investieren:** Eine generationengerechte Politik ist entscheidend für eine nachhaltige und gerechte Zukunft. Erhebliche Investitionen in die Infrastruktur sind dabei ein zentraler Baustein. Nur eine moderne und nachhaltige Infrastruktur ermöglicht gesellschaftliche Teilhabe und den Zugang zu Informationen für junge Menschen. Der Ausbau von Wohnraum ist entscheidend, um bezahlbares Wohnen für alle zu ermöglichen und soziale Ungleichheiten zu verringern. Auch Investitionen in Bildungseinrichtungen spielen eine Schlüsselrolle, denn sie legen den Grundstein für eine gut ausgebildete und zukunftsfähige Gesellschaft. Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Menschen, die die Herausforderungen von morgen meistern werden. Schließlich ist Klimaschutz ein unverzichtbarer Bestandteil einer generationengerechten Politik, um die Lebensgrundlagen künftiger Generationen zu sichern.
- **Beauftragte*n für Kinder und Jugendliche einsetzen:** Die Rechte und Interessen von Kindern und Jugendlichen sollten durch eine eigene Interessenvertretung auf Bundesebene durch eine/n Beauftragte/n der Bundesregierung gestärkt werden. Dabei ist die Schaffung einer rein repräsentativen Stelle unbedingt zu vermeiden. Mit einem starken Mandat kann diese Stelle auf die Umsetzung der Kinderrechte hinwirken, die in Deutschland bisher einem föderalen Flickenteppich gleicht und zudem entgegen dem gesetzlichen Rahmen nicht für alle Kinder gleich ist. Zu den Aufgaben der Stelle, die bestenfalls von einer zivilgesellschaftlich getragenen Servicestelle unterstützt wird, sollten Erfahrungs- und Wissenssicherung, Qualifizierung und Sensibilisierung der Öffentlichkeit gehören. Darüber hinaus könnte sie als zentrale Beschwerdestelle für junge Menschen dienen, eine zentrale Forderung der UN-Kinderrechtskonvention, die in Deutschland ebenfalls noch nicht umgesetzt ist.
- **Solidarische Politik ins Zentrum rücken:** Ziel einer guten kinder- und jugendgerechten Politik muss es sein, soziale Spaltungen zu überwinden und Sicherheit für alle Kinder zu schaffen, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Namen, ihrem Geschlecht, ihrer Hautfarbe oder einer Behinderung. Die aktuelle Politik und ihre mediale Rezeption führen jedoch durch die Übernahme populistischer Narrative bei vielen Kindern und Jugendlichen zu Angst vor Anfeindungen auf offener Straße und zu einem Gefühl der Ungleichwertigkeit. Statt die Interessen unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen und Perspektiven gegeneinander auszuspielen, bedarf es einer solidarischen Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, die Kindern und Jugendlichen gleichermaßen wirtschaftliche, soziale und kulturelle Perspektiven aufzeigt und Lust macht, die Gesellschaft gemeinsam zu gestalten.

Berlin, April 2025

